

## **„Strom muss billiger werden“ – Sechs Mittel gegen die Inflation**

Welt, 06.02.2022, Karsten Seibel

[https://www.welt.de/wirtschaft/plus236693921/Inflation-Das-fordern-sechs-Top-Wirtschaftsexperten.html?sc\\_src=email\\_1725594&sc\\_lid=167430414&sc\\_uid=9b9AoAfTYB&sc\\_lid=3850&sc\\_cid=1725594&cid=email.crm.redaktion.newsletter.wirtschaft&sc\\_eh=94c824e22aa172ca1](https://www.welt.de/wirtschaft/plus236693921/Inflation-Das-fordern-sechs-Top-Wirtschaftsexperten.html?sc_src=email_1725594&sc_lid=167430414&sc_uid=9b9AoAfTYB&sc_lid=3850&sc_cid=1725594&cid=email.crm.redaktion.newsletter.wirtschaft&sc_eh=94c824e22aa172ca1)

Die Preise für Energie steigen immer weiter. Viele Bürger sorgen sich um ihren Lebensstandard. Sechs namhafte Ökonomen machen Vorschläge, was sie gegen die hohe Teuerung unternehmen würden. In einem Punkt sind sich alle einig.

Es sind drei Schlagzeilen, die für schlechte Laune sorgen: „Inflation im Januar bei 4,9 Prozent“, „Benzin so teuer wie nie“, „Heizkosten teils 70 Prozent höher als im vorigen Winter“. Mehr und mehr Menschen fürchten angesichts steigender Preise um ihren Lebensstandard. In einer Umfrage der Auskunftei Schufa gaben 44 Prozent der Verbraucher an, nicht genug finanziellen Spielraum zu haben, um ihr gewohntes Leben weiterzuführen.

28 Prozent treibt sogar die Sorge um, ob sie bei weiter steigenden Preisen noch ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Der verbreitete Reflex war erwartbar: Jetzt muss die Politik helfen. An Vorschlägen, wie die Bürger finanziell entlastet werden können, mangelt es nicht.

Die Abschaffung der EEG-Umlage und die Senkung der Mehrwertsteuer gehören genauso dazu wie ein Klimabonus oder anderweitige Überweisungen auf die Konten der Bürger. WELT AM SONNTAG hat sechs namhafte Ökonomen gefragt, wie die Inflation zumindest gedämpft werden kann.

Die Grundfrage ist dabei, ob es überhaupt die Aufgabe der Politik ist, gegen steigende Preise anzukämpfen. Die Antwort von Stefan Kooths, Forschungsdirektor am Institut für Weltwirtschaft in Kiel, fällt eindeutig aus: „Für einen allgemeinen Eingriff des Staates spricht nichts“, sagt er. Man löse das Problem knapper Energievorräte nicht dadurch, dass man an dem Symptom, nämlich dem Preisanstieg, herumdoktere.

Aus seiner Sicht sind die hohen Preise ein Ergebnis des Zusammenspiels von knappem Angebot und hoher Nachfrage. Die Erdgasspeicher sind leer, also verteuert sich Erdgas. Mit den CO<sub>2</sub>-Preiserhöhungen habe all das nur zu einem geringen Teil zu tun. Kooths' unangenehme Botschaft an alle Verbraucher: Der Energieverbrauch muss sinken, dann sinken auch die Preise.

So argumentieren nicht nur strenge Verfechter der Marktkräfte wie Kooths. Auch Sebastian Dullien, Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung, sieht einen Eingriff der Politik kritisch. „Normalerweise sollte der Staat die Preismechanismen spielen lassen“, sagt er. Der außergewöhnlich große Energiepreisschock könne zwar Maßnahmen rechtfertigen, aber nur sofern sie „zielgenau jene entlasten, die besonders wenig belastbar“ sind. Sprich: nur jene, die durch den Preisanstieg in finanzielle Not geraten.

Die Schwachen in der Gesellschaft erhielten doch ohnehin Unterstützung, sagt Volker Wieland, Ökonom an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main und Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. „Für die Notlagen einzelner Haushalte haben wir einen Sozialstaat“, sagt er. Dort würden Kostensteigerungen jährlich berücksichtigt, für politischen Aktionismus bestehe deshalb kein Grund.

Wobei die Zuordnung, welche Maßnahmen unter politischen Aktionismus fallen, auch bei ihm durchaus variiert. Der Wegfall der EEG-Umlage, den die Bundesregierung plant, gehört aus Wielands Sicht nicht dazu. Dieser Schritt sei im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse. „Strom muss billiger werden“, sagt er. Deshalb spricht er sich zudem dafür aus, die Stromsteuer zu senken.

Dies erleichtere den angestrebten Umstieg von fossilen Brennstoffen auf Strom und entlaste zudem private Haushalte. „Da schlägt man zwei Fliegen mit einer Klappe“, sagt Wieland.

#### *Private Haushalte sparen nach EEG-Ende teilweise 150 Euro*

Auch Achim Truger von der Uni Duisburg-Essen, der auf Initiative der Gewerkschaften in den Sachverständigenrat kam, hält die von der Regierung angestrebte vorzeitige Abschaffung der EEG-Umlage für sinnvoll. Dadurch entfallen 3,7 Cent je Kilowattstunde (kWh). „Die Abschaffung entlastet gezielt bei den gestiegenen Strompreisen, hat positive Verteilungswirkungen und war ohnehin für 2023 vorgesehen“, sagt Truger.

Private Haushalte mit einem Jahresverbrauch von 4000 kWh sparen nach Berechnungen von Vergleichsportalen durch den Wegfall rund 150 Euro – sofern sichergestellt wird, dass die Stromanbieter die Ersparnis tatsächlich an die Kunden weitergeben.

Auch Trugers Kollegin im Sachverständigenrat, die Energieökonomin Veronika Grimm von der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, unterstützt die vorzeitige Abschaffung der EEG-Umlage. „Dies wirkt einerseits wie ein Energiegeld, trägt aber gleichzeitig in großem Umfang zum Bürokratieabbau bei“, sagt Grimm.

Wichtig bei staatlichen Eingriffen sei, dass sie schnell umsetzbar seien. Das sei bei der EEG-Umlage möglich. Auch Grimm bringt zusätzlich eine Senkung der Stromsteuer auf das europäische Minimum ins Spiel. Das liegt bei 0,1 Cent/kWh für Privathaushalte und 0,05 Cent/kWh für Unternehmen. In Deutschland wird bereits seit 2003 eine Stromsteuer in Höhe von 2,05 Cent/kWh erhoben.

Direkte Ausgleichszahlungen an die Bürger, wie sie häufig gefordert werden, lehnt Grimm hingegen ab. Sie verweist auf den großen bürokratischen Aufwand, der mit dem von den Grünen im Wahlkampf geforderten Klimabonus verbunden ist. Bei diesem sollen die Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung ausgezahlt werden.

Auch Lars Feld, ehemaliger Vorsitzender des Sachverständigenrates und Chef des ordoliberalen Walter Eucken Instituts in Freiburg, spricht sich gegen direkte Zahlungen aus, denn es fehle ein Verfahren, wie das Geld einfach zum Bürger

komme. „Klimabonus und Einmalzahlungen sind administrativ kaum oder nur mit großen Schwierigkeiten umsetzbar“, sagt Feld.

BAföG-Empfänger müssen Heizkostenzuschuss beantragen, Wohngeldbezieher nicht

Beim Heizkostenzuschuss für Geringverdiener, der gerade von der Regierung auf den Weg gebracht wurde, gibt es dieses Problem nicht. Wohngeldbezieher müssen keinen Antrag stellen, ihnen werden mindestens 135 Euro direkt überwiesen. BAföG-Empfänger müssen das Geld zwar beantragen, dies soll aber bei den ihnen bekannten Auszahlungsstellen geschehen.

Bleibt der Vorschlag, die Mehrwertsteuer zu senken und so den Preisanstieg zu mildern. „Bloß nicht schon wieder“, sagt Feld dazu. Eine Stärkung der Nachfrage durch reduzierte Mehrwertsteuersätze wie im zweiten Halbjahr 2020 brauche es derzeit nicht. Truger hält eine generelle Mehrwertsteuersenkung zwar ebenfalls für unangebracht. „Wohl aber könnte eine vorübergehende Mehrwertsteuersenkung auf Energie hilfreich sein“, sagt er. Auch Sebastian Dullien hält eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Energieträger neben der vorgezogenen Abschaffung der EEG-Umlage für den sinnvollsten Vorschlag. Allerdings müsste dies mit der EU abgesprochen werden.

Weitgehend einig sind sich die Ökonomen also darin, dass die Politik zwar dämpfend eingreifen kann, dies aber höchstens sehr gezielt machen sollte, nämlich bei jenen, die wirklich finanzielle Unterstützung brauchen.

Bleibt die Frage, wer mehr machen kann, als die Politik es soll. Die einhellige Antwort: die Europäische Zentralbank (EZB). „Für die Preisstabilität ist grundsätzlich die Geldpolitik und damit die Zentralbank verantwortlich“, sagt Kooths vom Institut für Weltwirtschaft. Wobei man auch hier realistisch sein müsse. Kurzfristig auftretende Preisschübe könne sie nicht aufhalten. Eine Kurskorrektur fordert Kooths dennoch. Die EZB müsse das deutliche Signal senden, dass die Zeit der ultralockeren Geldpolitik zu Ende gehe. Dies sieht auch Feld so.

Veronika Grimm verweist auf mittelfristige Probleme. „Auf steigende Energiepreise muss die EZB erst mal nicht direkt reagieren“, sagt sie. Gefährlich könne es aber werden, wenn in Erwartung dauerhaft steigender Preise die Löhne zulegen. Deshalb fordert auch sie, dass die Notenbank ihre Anleihekäufe schneller als bislang geplant zurückfährt. „Dann wäre sie bei Zinserhöhungen flexibler“, sagt Grimm.

Kurzfristig, darin stimmen die sechs Ökonomen überein, wird die Inflation nicht verschwinden. Für dieses Jahr erwarten die sechs, dass bei der Inflationsrate auch im Dezember zumindest noch eine Drei vor dem Komma steht.